

Vorlage Nr.: LS_P/0320/2021
Aktenzeichen: 08-80

Zuständiger Bereich: Präsidialkanzlei
Verfasser/in:
Bearbeiter/in: Jochen von der Heidt
0211 4562-247
jochen.von_der_heidt@ekir.de

Beschlussvorlage

Initiativantrag des Synodalen Kowalski betr. Menschenrechte auf den Philippinen und in Papua/Indonesien

Gremium	Zuständigkeit / Zusatzinfo	Datum / Dauer	Berichterstattung
Landessynode	Entscheidung	15.01.2021	Kowalski, Detlef

Anlage(n):

Initiativantrag Kowalski - Menschenrechte in den Philippinen und in Papua

Beschluss:

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland ist zutiefst besorgt über die Menschenrechtsslage in den Philippinen und in Papua/Indonesien. In beiden Ländern haben Gemeinden und Kirchenkreise unserer Kirche Partnerschaften mit den dortigen Mitgliedskirchen der Vereinten Evangelischen Mission. Die Landessynode weiß sich solidarisch mit den Opfern staatlich ausgeübter oder tolerierter Gewalt und unterstützt in vollem Umfang die Bemühungen der Vereinten Evangelischen Mission und ihrer Partnerorganisationen um mehr Transparenz und ein Ende der Straflosigkeit für offensichtlich politisch motivierte Morde und Menschenrechtsverletzungen jeder Art in beiden Partnerländern.

1. Die Landessynode bekundet ihre Solidarität mit der United Church of Christ in the Philippines (UCCP) und mit dem National Council of Churches in the Philippines (NCCP) sowie mit allen Opfern politischer Gewalt und schwerer Menschenrechtsverletzungen in den Philippinen. Sie unterstützt die Bemühungen der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) sowie des Aktionsbündnisses Menschenrechte – Philippinen (amp) in ihrem Eintreten, auf internationaler Ebene eine klare Verurteilung der politischen Morde, wie an der international bekannten Menschenrechtsaktivistin Zara Alvarez am 17. August 2020, zu erreichen. Sie fordert ein Ende der Straffreiheit bei Menschenrechtsverletzungen sowie die Beendigung der andauernden Kriminalisierung von

Teilen der Zivilgesellschaft und Kirchen aufgrund des im Juli 2020 von der philippinischen Regierung beschlossenen Anti-Terror-Gesetzes.

2. Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland verurteilt die massiven und systematischen Menschenrechtsverletzungen in Papua/Indonesien, die mit rassistischer Diskriminierung der indigenen Papua verbunden sind. Jüngstes Beispiel ist die Ermordung von Pastor Yeremias Zanambani am 19. September 2020 durch indonesische Sicherheitskräfte. Sie bekundet ihre Solidarität mit der Evangelischen Kirche im Lande Papua, dem West Papuan Council of Churches (WPCC) und mit allen Opfern politischer Gewalt und schwerer Menschenrechtsverletzungen. Sie unterstützt die Bemühungen der Vereinten Evangelischen Mission (VEM) sowie des Westpapua-Netzwerkes, gegen die rassistische Diskriminierung der indigenen Papua, die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen, die politischen Morde durch die Sicherheitskräfte und deren Straffreiheit vorzugehen und sie gegenüber der indonesischen Regierung zur Sprache zu bringen.

Die Landessynode bittet alle Kirchengemeinden, in der Fürbitte für die Opfer von Gewalt einzutreten. Sie ermutigt dazu, in praktisch gelebter Solidarität und im Kampf um die Überwindung der Willkürherrschaft in beiden Ländern nicht nachzulassen. Sie fordert die Bundesregierung im Einklang mit den bisherigen Eingaben der Vereinten Evangelischen Mission in der Sache auf, deutlicher als bisher die Verletzung der Menschenrechte in beiden Ländern gegenüber den jeweiligen Regierungen zur Sprache zu bringen und auch Sanktionen gegen die dafür Verantwortlichen in Erwägung zu ziehen.